

**Bekanntmachung  
des deutsch-peruanischen Abkommens  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 28. Januar 2013**

Das in Lima am 17. Mai 2006 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Peru über Finanzielle Zusammenarbeit 2004 (Warenhilfe zur Modernisierung und Remotorisierung des Forschungsschiffes „Alexander von Humboldt“) ist nach seinem Artikel 5

am 17. Mai 2006

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 28. Januar 2013

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Paul Garaycochea

**Abkommen**  
**zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Regierung der Republik Peru**  
**über Finanzielle Zusammenarbeit 2004**  
(Warenhilfe zur Modernisierung und Remotorisierung des Forschungsschiffes  
„Alexander von Humboldt“)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Republik Peru –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Peru,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Peru beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 1. Oktober 2004 über Finanzielle und Technische Zusammenarbeit –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Peru oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmern, von der KfW Bankengruppe (KfW) ein Darlehen in Höhe von insgesamt 2 000 000,- EUR (in Worten: zwei Millionen Euro) für eine Warenhilfe zur Modernisierung und Remotorisierung des Forschungsschiffes „Alexander von Humboldt“ und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage zu erhalten. Es muss sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Lieferverträge beziehungsweise Leistungsverträge oder Einfuhrlizenzen nach dem Datum der Zusage der Warenhilfe und nach der Unterzeichnung der nach Artikel 2 zu schließenden Verträge abgeschlossen worden sind. Die Anlage ist Bestandteil des Abkommens.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Peru durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Peru zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen für den Bezug von Waren und Leistungen gemäß Absatz 1 zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

**Artikel 2**

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages sowie die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern des Darlehens zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr der/die entsprechende/n Darlehensvertrag/-verträge geschlossen wurde/n. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2012.

(3) Die Regierung der Republik Peru, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, garantiert gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge.

**Artikel 3**

Die Regierung der Republik Peru stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Peru erhoben werden.

**Artikel 4**

Die Regierung der Republik Peru überlässt bei den sich aus der Gewährung des Darlehens ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

**Artikel 5**

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Lima am 17. Mai 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Roland Kliesow

Für die Regierung der Republik Peru  
Oscar Maúrtua Romana

Anlage  
zum Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Peru  
über Finanzielle Zusammenarbeit 2004  
(Warenhilfe zur Modernisierung und Remotorisierung des Forschungsschiffes  
„Alexander von Humboldt“)

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Abkommens aus dem Darlehen finanziert werden können:
  - a) Antriebssysteme, -motoren und -aggregate;
  - b) Abwasseraufbereitungsanlagen;
  - c) Salzwasseraufbereitungsanlagen;
  - d) Wäschereigeräte und Wäschereiausstattungen;
  - e) Küchengeräte und Küchenausstattungen;
  - f) Ausrüstungen zur Kommunikation auf See;
  - g) Telefonanlage;
  - h) Tauchpumpen;
  - i) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung der Republik Peru von Bedeutung sind;
  - j) Beratungsleistungen, Patente und Lizenzgebühren.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt. Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel können nur finanziert werden, wenn der angemessene Umgang mit diesen Stoffen bestätigt wird.
3. Ausgeschlossen von der Finanzierung aus dem Darlehensvertrag ist die Einfuhr folgender Güter:
  - a) Luxusgüter sowie Verbrauchsgüter für den privaten Bedarf;
  - b) Güter und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen;
  - c) Pflanzenschutzmittel und Schädlingsbekämpfungsmittel, die gemäß dem Prinzip der Zustimmung nach vorheriger Inkenntnissetzung (Prior Informed Consent (PIC)-Verfahren) zum Kodex der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organisation of the United Nations (FAO)) in der jeweils geltenden Fassung als „verboten“ (banned) oder „stark beschränkt“ (severely restricted) eingestuft sind;
  - d) Suchtstoffe, psychotrope Stoffe und in der Anlage des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen in der jeweils geltenden Fassung aufgeführten Stoffe, sofern diese zur Herstellung von Suchtstoffen oder psychotropen Stoffen verwendet werden (bis zur entsprechenden Ergänzung der Anlagen zum Übereinkommen vom 20. Dezember 1988 gilt stattdessen die Chemikalienliste des Abschlussberichts der Chemical Action Task Force);
  - e) folgende umweltgefährdende Güter und Stoffe:
    - Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW) und Halone sowie weitere im Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 (in der jeweils geltenden Fassung) aufgeführten Stoffe sowie Anlagen zu deren Herstellung oder Verwendung;
    - Stoffe gemäß Anhang I der „Verordnung (EWG) Nr. 2455/92“ des Rates vom 23. Juli 1992 betreffend die Ausfuhr bestimmter gefährlicher Chemikalien;
  - f) Asbest und asbesthaltige Stoffe und Produkte.